Laufzeit bis 2017 galt als "äußerster Kompromiss"

Kellermann und Jürgens wollten in Berlin einen früheren Ausstieg aus Grohnde durchsetzen

Berlin/HamelN (wbn). Mit gemischten Gefühlen sind die beiden Weserbergland-Grünen Britta Kellermann und Tom Jürgens aus Berlin zurückgekehrt. Auf dem Bundesparteitag der Grünen wollten sie einen deutlich früheren Atomausstieg durchsetzen und damit auch das heimische Kernkraftwerk in Grohnde entsprechend schneller vom Netz nehmen.

Die Bundesdelegiertenkonferenz hat am Samstag in Berlin die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen zum Ausstiegsplan der Bundesregierung beschlossen, die den Atomausstieg bis 2022 geschafft haben will. Der Kreisverband Hameln-Pyrmont wurde von Britta Kellermann und Tom Jürgens vertreten. Sie sind mit einem deutlich früheren Ausstiegswunsch nach Berlin gefahren. Der von der Partei auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Freiburg beschlossene Ausstiegstermin bis 2017 stellte für die beiden Delegierten den „äußersten Kompromiss“ dar. Beide Positionen wurden auf der Bundesdelegiertenkonferenz kontrovers diskutiert. So fiel auch die Entscheidung für eine Zustimmung zur schwarz-gelben Gesetzesvorlage sehr knapp aus.

Fortsetzung von Seite 1

Kellermann und Jürgens kehren mit einem lachenden und einem weinenden Auge nach Hameln-Pyrmont zurück. Sie sind froh, dass der Atomausstieg für Deutschland nun beschlossen werden kann und damit auch ein klares Signal an das europäische Ausland geschickt wird, gleichzeitig sind sie enttäuscht, dass sie ihrer Forderung nicht ausreichend Gehör verleihen konnten. Kellermann sagte den Weserbergland-Nachrichten.de: „Für das Atomkraftwerk Grohnde und die Region bedeutet die Zustimmung eine vier Jahre längere Laufzeit als noch unter rot-grün beschlossen.“ Für beide unabdingbar ist die Aufnahme des Atomausstiegs ins Grundgesetz. Sie erwarten zudem Nachbesserungen bezüglich der Sicherheitsanforderungen und der Endlagersuche sowie des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.